#### Monatlich in Stadt und Land



Zeitung für Demokratie und Alltagssorgen

Nr. 13

November 1992

Bitte 1 DM

### In dieser Ausgabe

Seite 3: Mit der Treuhand zum Mittelstand - eine schöne Fata Morgana

Seite 4: Was steckt wirklich in Seehofers Gesundheitspaket?

Seite 5: Bleiben Kohle und Energie in der Lausitz ?

Seite 7: Herzblatt kostenlos bei der Radpartie

Seite 8: "Auto 92" und die Fahrrad-DEMO

#### In eigener Sache

Ihr Herzblatt soll bleiben, liebe Leser, auch wenn wir es nicht mehr in einer Druckerei setzen und drucken lassen können: Unsere Einnahmen decken die Herstellungskosten bei weitem nicht! Also machen wir's selbst.

Die Fotoqualität wird bei unserem Herstellungsverfahren leider unzureichend sein nehmen Sie's bitte in Kauf! Sie können uns unterstützen. indem Sie uns viele Beiträge und Zeichnungen, Leserbriefe und Meinungen schicken und so den kommunalen Alltag im Stadt- und Landkreis kritisch begleiten. Bitte spenden Sie weiterhin 1 DM, wirhoffen, daß Sie dafür künftig mehrere Exemplare bekommen können, um sie an Bekannte und Nachbarn weiterzugeben.

Ihre Herzblatt-Redaktion

# Die BUGA und die Stadt-Finanzen

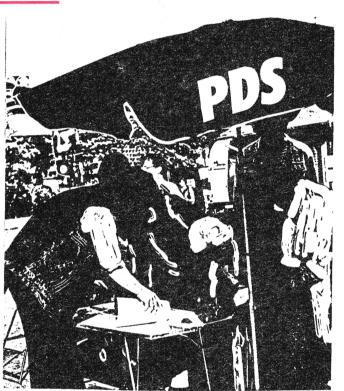
Mit knapper Mehrheit, so lasen Sie's in der LR, entschied sich das Stadtparlament für die BUGA. Hauptverfechter war die CDU, Hauptgegner fanden sich bei SPD und Bündnis für Cottbus, die PDS/LL zeigte sich zerrissen.

Die Vorteile der BUGA für die Stadtentwicklung wohl sehend, so sagte PDS-Stadtverordnete Karin Kühl, gibt es dennoch große Skrupel, weil die regierenden Parteien in Land und Bund bisher ihren großspurigen Versprechungen hinsichtlich finanzieller Unterstützung kaum Taten folgen ließen.

Abgeordneter Derling (Bündnis für Cottbus) formulierte weitaus schärfer. Er könne dem Argument nicht folgen, daß mit der BUGA das Image einer Stadt steige, wenn sie andererseits im tiefen finanziellen Loch stecke. Und drei Millionen DM für eine Rosenschau betrachte er angesichts dessen

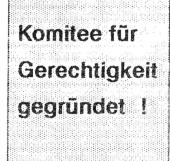
einfach als Luxus.

Tatsache bleibt: Der 2. Nachtragshaushalt resümierte immer noch ein reales Defizit von 42 Millionen DM. Die Stadt hat bereits 57 Millionen DM Kredite, die bedeuten 4,5 Millionen DM Zinsen für 1993. Und bereits 94 und 95 setzt die Tilgung der Kredite ein, so daß der finanzielle Spielraum weiter eingeengt wird. Vor 1996 ist an keinen Schulneubau zu denken, und Dezernent Neisener verwies darauf, daß für die noch relativ gut erhaltene Kulturlandschaft 93 etwa 30 Millionen DM benötigt werden. Aber noch ist unklar, was der BUGA zum Opfer fallen wird.



#### Für Sozial gerechte Mieten!

Sonnabends auf dem Markt in Cottbus-Sachsendorf: Immer wieder verweilen jung und alt am Stand der Partei des Demokratischen Sozialismus, um die ganz in ihrem Sinne erhobenen Forderungen nach sozial gerechter Mietfestsetzung, Erhalt von Kindertagesstätten und Kulturstätten mit ihrer Unterschrift zu bekräftigen. Auch andere Linke sind bei der Straßenaktion vertreten.



(Näheres Seite 2)

#### Kita - Debatte

Enttäuschend blieb die Debatte im Stadtparlamant zur Schließung von über 20 Kitas in Cottbus. Einziger Lichtblick: Nur wo Eltern Initiativen zeigen, Elternvereine gründen, Sponsoren suchen, gibt es Chancen für den Erhalt - siehe Märchenhaus und Zwergenhaus!



Zum Tag der Einheit in Schwerin - Proteste über Proteste wurden laut

### Nicht zuständig!

Wir wollen Erich Honecker nicht aus seiner Verantwortung vor der Geschichte entlassen oder entlasten. Aber wir sind der Meinung, daß für die Bewertung seiner Tätigkeit als Generalsekretär der SED und Vorsitzender des Staatsrates der DDR die bundesdeutsche Justiz nicht zuständig ist.

Woher will diese Justiz die moralische, politische und juristische Legitimation nehmen, ehemalige DDR-Bürger für ihre Tätigkeit vor der Vereinigung vor Gericht zu stellen? Die DDR war ein souveräner, international anerkannter Staat mit einem eigenen Rechtssystem. Auch das Wissen um die Tatsache, daß Erich Honecker das Ende dieses Prozesses nicht mehr erleben würde, hält die Justizbehörden der BRD nicht davon ab, in einem Eilverfahren seine Verurteilung anzustreben.

Warum das? Offensichtlich soll dieses angestrebte Urteil als juristische Begründung für die Verurteilung der DDR als Unrechtsstaat dienen. Damit soll die Grundlage geschaffen werden, den Maßstab der Beurteilung einzelner Handlungen ihrer Bürger festzulegen und juristisch handhabbar zu machen. Während die Justiz der BRD in vielen Fällen Kriegsverbrecher aus "humanistischen" Gründen lür haftuntähig erklärte, soll das für den 80-jährigen Kommunisten Erich Honecker nicht gelten.

Basisgruppe PJ/TU Cottbus

#### Cottbus hat das 57. Komitee

Wieviel Bürger der Stadt werden wohl kommen zur Gründung des Komitees für Gerechtigkeit?, so die bange Frage der Mitglieder des Initiativkomitees, die zur Gründungsveranstaltung in die Aula der 5. Gesamtschule eingeladen hatten. Viele kamen. Nahezu alle der etwa 200 Sitzplätze der Aula waren besetzt - alte und junge Bürger saßen zusammen. Der Rentner neben dem Schüler, der in den Vorruhestand versetzte Professor neben dem Studenten, der Arbeiter neben der Lehrerin. "Wir wollen die Bürgerbewegung wieder ins Leben rufen, damit wir unsere Rechte in diesem Rechtsstaat einklagen und nicht wie Menschen zweiter Klasse behandelt werden", hatte ein Mitglied der Initiativgruppe die Anwesenden begrüßt und sie aufgefordert, ihre Meinung zu sagen zu einem Gerechtigkeitskomitee in der Stadt, damit es Einfluß nehmen kann auf die hier praktizierte Politik, auf die Lage der Menschen, denn nur ge-meinsam sei man stark, könne sich wehren gegen die Willkür praktizierter Bonner Politik.

Die Worte wurden wohl verstanden von den meisten der Anwesenden, die sich mit ihren Fragen und Problemen an das Auditorium wandten, Einzelschicksale darlegten über Diskriminierung und gesellschaftliche Probleme in der Gesamtheit. Nutzen uns tausende bunte Blumen zur BUGA, wenn sie in den Abgasen der Autos ersticken, die Überlegungen eines der Anwesenden. Und die Sorge des anderen, daß zu Jahresbeginn weitere Kindergärten plattgemacht und über 260 Mitarbeiter in die Arbeitslosigkeit geschickt werden. Auch kontrovers wurde diskutiert, doch Vernunft herrschte vor, Tolerenz, die heute doch so wichtig ist, damit zusammenwächst, was zusammengehört, wie es wohl der einzig anwesende westdeutsche Bürger, ein Gewerkschafter, unterstrich.

Es ist Gewißheit - Cottbus hat das 57. Komitee für Gerechtigkeit in diesem Land. Wünschen wir ihm viele Mitstreiter und Erfolg auf dem beschwerlichen Weg.

#### Meine Meinung

# Wahlen im Blick

Wie bekannt, findet am 02.12.1992 unsere Kreisdelegiertenkonferenz statt. Diese ist ein wichtiger Schritt zum Landesparteitag und Bundesparteitag der PDS im Januar 1993.

Eine wesentliche Voraussetzung für ein gutes Gelingen sind deshalb die Wahlen in den Basisorganisationen, in denen die neuen Vorstände und die Delegierten für die Parteitage gewählt werden.

gewählt werden. Wir sind überzeugt, daß mit den Wahlen in den Basisorganisationen das Parteileben weiteren Auftrieb erhält und die Aktivitäten der Mitglieder zunehmen werden. Bisher haben 83,1 % der BO ihre Wahlprotokolle abgegeben. Die Wahlbeteiligung liegt bei 66,7 %. (Stand 29.10.1992). Von den gewählten 214 Vorstandsmitgliedern sind 41 % Frauen. Das ist ein gutes Ergebnis.

Noch nicht zufrieden sein können wir mit den Vorschlägen für den neuen Kreisvorstand. Hier erwarten wir von den BO' en weitere Vorschläge. Unsere Bitte: Schließt so schnell wie möglich die Wahlen ab und reicht die Wahlprotokolle umgehend an die Geschäftsstelle ein!

K. Müller

#### Reisebörse

Ehrenamtliche Mitarbeiter gesucht! Bitte melden unter Telefon 22440.

Bailiner

... ging im Osten die Sonne auf - heute geht sie dort unter.

... konnte man beim Fernsehen noch umschalten - heute kann man nur noch abschalten.

### Hallensport nur für Gutverdienende?

Das muß man annehmen, wenn man die Informationen aus der Stadtverwaltung Cottbus hört. Von allen Sportvereinen, die in den Sporthallen trainieren bzw. Wettkämpfe austragen wollen, sollen pro Stunde 12.00 DM bezahlt werden. Davon sollen alle Sportler über 18 Jahren betroffen sein.

In unserem Verein trifft dies auf die Abteilungen Kunstradsport, Handball, Gymnastik, Volleyball und Judo zu. Viele unserer Mitglieder sind arbeitslos und zahlen bereits 10,00 DM Beitrag pro Monat. Eine Finanzierung der Sporthallennutzung aus dem Vereinsetat ist nicht möglich, da keine Mittel vorhanden sind. Nach dieser Vorlage der Stadtverordnetenversammlung müßten wir 1993 nur für Trainingsstunden (ohne Wettkämpfe und Turniere) 9.300,00 DM zahlen. Um dieses Geld einzubringen, müßten wir die Beiträge um 50 Prozent erhöhen. Das würde viele Mitglieder dazu bewegen, auszutreten. Mannschaften würden auseinanderfallen und müßten aus dem Spielbetrieb zurückgezogen werden.

Im Landtag Brandenburg ist ein Sportförderungsgesetz in Vorbereitung. Hat die Stadtverwaltung sich darüber nicht informiert, was dort zukünftig vorgesehen ist? Oder kennt die Stadtverwaltung nicht die "Verordnung zur Sicherung und Nutzung von Sporteinrichtungen im öffentlichen Eigentum" vom 13. Juni 1990? Dieser Beschluß der Volkskammer besitzt Rechtskraft, bis ein Landessportförderungsgesetz erlassen



wird. Im Paragraph 2 dieser Verordnung heißt es unmißverständlich, daß alle Sporteinrichtungen gemeinnützigen Vereinigungen zur nicht auf Erwerb gerichteten sportlichen Betätigung grundsätzlich unentgeltlich zur Verfügung zu stellen sind.

Am 22.10.1992 war die Grundsteinlegung für das "Nobelviertel" am Berliner Platz. Am gleichen Tag konnte man in der Lausitzer Rundschau lesen, welche Summen andererseits von der Stadtverwaltung zukünftig für Mieten in dort gepachteten Räumen zu zahlen sind. Da fragt man sich doch, sollen die Sportler dafür zahlen?

Gisela Bergmann

### Wasserstandsmeldungen

Hallo, Orje!

Hallo, Paule! Wo warst'n jestern? Ick hab' dir

in unse Kneipe vamißt.

Paule: Ick war Wasserstandsmeldungen lauschen.

Wat - Wasserstandsmeldungen? Warste beim Katastrophenschutz weien 'ner drohenden Spreeübaschwemmung?

Paule: Nee, ick war in die Stadtverordnetenver-

sammlung zu die aktuelle BUGA-Stunde. Orje: Wat hat denn die BUGA mit Wasserstands-

meldungen zu tun? Paule: Im Prinzip jarnischt, aber ...

Nu hör uff mit die Sender-Jerewan-Witze! Orie: Werd ma konkret.

Paule: Also, wat hättest'n erwartet zu die BUGA?

Na, det Informationen rübajereicht werden, det man sich een Bild machen kann, wat da uff die Stadt zukommt.

Paule: Denkste, Orje, Wahlkampf wurde jemacht!
Und als die PDS Fragen gestellt hatte, würgte der Oberbürgermeister det ab! Die solln ihnen nu schriftlich nachjereicht werden. Wahrscheinlich wollte er sich seine

scheene BUGA-Show nicht stören lassen. Aber wat hat es denn nu mit die Wasser-Orie: standsmeldungen uff sich?

Paule: Also dett war ja die blanke Sahne ausm Westen, wie wir früher jesagt ham!

Der Dr. Schupp, wat der Fraktionsvorsitzende von die CDU ist, legte los. Risiko müßten die Abjeordneten einjehen. Und wenn ihnen det Wasser bis zur Unterkante Oberlippe stehen würde. Und denn kam eener von die SPD, der sagte, det Herr Dr. Schupp mit seiner Wasserstandsmeldung leicht untertrieben habe. Det Stadtsäckel sei leer, und so wat wie die BUGA könne sich die Stadt nicht leisten.

Jenau, wenn ick keene Knete habe, kann ick Orie: mir ooch keen Luxusauto koofen und meine Kinder hungern lassen.

Hast ja recht, Orje. Und watt mir am meisten uffstößt, dett sind die vollmundigen Versprechungen von Bund und Land, Knete rüberzureichen. Und nu tun se uff Knauser machen.

Na denn, Paule, paß ma uff, daß det Wasser nich über die Stadt zusammenschlagen tut...

Hand auf's



#### Schneller zum Mittelstand

Kürzlich wurden wir mit einer Beilage in der LR "Treuhand-Initiative Mittelstand" beglückt. Und mit guten Sprüchen:

"Wer auf die Zukunft baut, muß handeln." Klar.

Damit ausreichend Mutige sich dem Mittelstand zuwenden, werden sie erst einmal freigesetzt. Die Treuhand macht das einfach. Auch sanierungsfähiger Produktionsstätten der Gashahn abgedreht, vor allem großen und vielleicht konkurrenzfähigen. Damit werden aber auch Kleinbetriebe abgenabelt und stillgelegt. Treuhand bietet sie dann an, uns, ganz offiziell, (öffentlich) in Beilagen zur LR.

Wir dürfen sie dann kaufen, nicht für symbolische 1,-DM, wir sind nämlich keine gestandenen Unternehmer! Für ein Freilager in Brand-Erbisdorf, 2 265 qm mit asphaltierter Fläche, schlappe 22,500 DM. In Lichtenberg für 1 Mio DM 2 126 qm mit Lager und Werkstatthalle. kaufen und frei-Also schwimmen!

Brauchst Du dazu "Mäuse". mußt Du kreditwürdig sein, nicht zu alt, nicht arbeitslos, brauchst ein Führungszeugnis, darfst Mitglied der Handwerkskammer werden (usw.) und mußt vor allem wissen, welche Ausgaben auf Dich zukommen. Unser Staat will nämlich auch leben, und seine Organe sind mächtig, gewaltig.

Der Weg zurück in den Konkurs ist kürzer. Aber G.Ma. schmerzhafter...

Wissenschaftler und Hochschullehrer! Verplempert euer Arbeitslosengeld nicht in unnötigen Gerichtsprozessen gegen die Abwicklung! Schult um! Werdet Tellerwäscher!



### Patienten sind übel dran

- \* Ein Medikament soll zwischen drei und 10 DM kosten
- \* Auch Krankenhaus wird teurer
- Sammelt Unterschriften gegen das Seehofer-Paket!

Von Kerstin Bednarsky, PDS-Landtagsabgeordnete

Nun soll es ernst werden: Ab 1993 sollen wirtschaftliche Interessen vor der eigentlichen Aufgabe des Gesundheitswesens stehen. den Patienten die Gesundheit zu erhalten. Ärzte protestieren schon gegen dieses Seehofersche Gesundheitsstrukturgesetz. Die Patienten halten noch still - sie haben keine Lobby. Machen wir Schluß mit diesem stillen Dulden - sammeln wir Ungegen terschriften das Sparpaket der CDU, klagen wir das Sozialstaatsgebot ein, wie es im Grundgesetz der BRD steht!

Denn das soll uns bevorstehen:

Die Bundesregierung will mit dem Sparpaket für das Gesundheitswesen jährlich 11,4 Milliarden DM einsparen. Davon will man sich 8,2 Mrd. DM von Ärzten, Krankenhäusern. Pharmaindustrie und Apothekern holen, 3,2 Mrd. DM sollen die Versicherten berappen. Das Paket ist in zwei Gesetzentwürfen zusammengefaßt. Neben dem Entwurf zum "Gesundheitsstrukturgesetz '93" regelt eine weitere Vorlage die Zuzahlungen der Versicherten. Anders als das Strukturgesetz braucht letzterer Entwurf nicht die Zustimmung des Bundesrates. Was bringt er Neues für die Pa-



tienten? Das möchte ich an einigen Beispielen darstellen:

- Medikamente mit Festbeträgen sind zur Zeit kostenlos.

Für alle anderen Medikamente werden 1,50 DM Selbstbeteiligung kassiert.

- Ab 1993: 10 Prozent Selbstbeteiligung für alle Medikamente (pro Arznei mindestens 3,00 DM, höchstens 10,00 DM)

#### -Krankenhausbehandlung:

zur Zeit: - 10,00 DM je Tag bis zu einer Aufenthaltsdauer von 14 Tagen in den Altbundesländern,

-5,00 DM je Tag bis zu einer Aufenthaltsdauer von
14 Tagen in den neuen
Bundesländern

ab 1993: - 8,00 DM je Tag zeitlich begrenzt auf 14 Tage in den neuen Bundesländern und 11,00 DM in den Altbundesländern

#### Zahnersatz:

zur Zeit: 60 % Zuschuß ab 1993:: 60 % Zuschuß nur noch in Höhe der Regelleistungen

Regelleistungen sind beim Zahnarzt: Einzelkronen, Brücken zum Ersatz von maximal zwei Zähnen, Interimsversorgungen, Kunststoffverblendungen im Frontzahnbereich und Teil-

prothesen mit Klammern. Der Zuschuß der Kasse für die Regelleistungen bleibt unverändert bei 60 Prozent. Alles, was über den Regelsatz hinausgeht, muß vom Patienten selbst bezahlt werden.

Auch die Krankenhäuser sollen künftig in bezug auf ihre Wirtschaftlichkeit wesentlich strenger kontrolliert und das Verhältnis zwischen stationärer und ambulanter Betreuung neu geregelt werden. Für die Patienten bedeutet das:

- Die Verweildauer im Krankenhaus wird sich unter wirtschaftlichem Druck mittelfristig stark verkürzen. Damit müssen sich die Angehörigen des betroffenen Patienten verstärkt um ambulante Pflegemöglichkeiten kümmern.
- Die Verordnung über Maßstäbe und Grundsätze für die stationäre Krankenpflege von Erwachsenen und Kindern wird mit Wirkung vom 1. Januar 1993 weitere Überraschungen bringen.
- Patienten werden für die Krankenhausbehandlung stärker zur Kasse gebeten.

## Worüber man in Cottbus redet

Straffe Regie

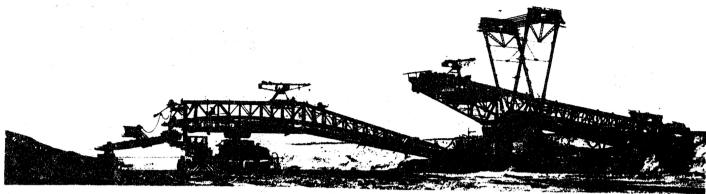
Jetzt kommt's auf jeden an, dachte sich offenbar Stadtverordnetenvorsteher Friedrich (CDU), als im Stadtparlament die BUGA-Debatte begann. Und setzte sich in die letzte Reihe der CDU-Fraktion, um seine Schäfchen im Blick zu haben. An seiner Seite die Hauptredner Schümann und DSU-Hausten. Da kann man doch noch was ausbügeln, wenn's nötig ist... Auch Herr Schupp war sehr im Gange und flüsterte mit dem und jenen. Wahrlich eine straffe Regie - die SED-Agit/Prop-Sekretäre konnten's früher kaum besser. Und bei der Abstimmung über die BU-GA klappte dann auch alles - kein CDU-Mann tanzte aus der Reihe.

#### Wahlpropaganda?

Gegrummel gab's in der CDU, als PDS-Abgeordnete Richter den Standpunkt der Opposition zum Nachtragshaushalt darlegte. Kern kommunalen Handelns müsse sein, die Lebensbedingungen der Leute zu verbessern, meinte sie. Das sei Wahlkampf, hörte man in CDU-Reihen. Na ja, wie man's nimmt, was?

Abgeglitten...

Als Angriffe auf die Tarifhoheit hatte PDS-Abgeordnete Nowack im Stadtparlament Forderungen abgewehrt, die Stadtangestellten mögen auf Tariferhöhungen verzichten, um zu sparen. Herr Hausten (DSU) nahm das zum Anlaß, um ans Mikrofon zu springen und den Abbruch der Diskussion zur BUGA zu beantragen, weil die Diskussion, wie man sehe, "abgleite". PDS-Ansichten sind im Parlament nicht sehr gefragt...



#### denn keine Landesbeteiligung Warum an Kohle und Energie in der Lausitz

Die Fraktionen der PDS/LL in den Landtagen Sachsens und Brandenburgs veranstalteten gemeinsam am 17. Oktober ein energiewirtschaftliches Kolloquium in Hoverswerda. Die Vorbereitung dieser Veranstaltung wurde vom Kreisvorstand Cottbus der PDS unterstützt.

Geladene Gäste und Referenten waren Regierungsvertreter der Länder Sachsen und Brandenburg, die Treuhandanstalt, Vertreter der LAUBAG und des Landratsamtes Hoyerswerda. Dr. Fritz Schumann, PDS - Abgeordneter im Bundestag, übernahm die Schlußbemerkungen Veranstaltung.

Die Ausführungen, die Dr. Kirsch (F.D.P.) als Vertreter der Landesregierung Brandenburg und Lobschat von der Treuhandanstalt Berlin machen konnten, waren für die Teilnehmer eher schokkierend als ermutigend.

Beide Experten gingen von der vor wenigen Wochen durchgeführten Runde des Bundeskanzlers Kohl zur weiteren Entwicklung der ostdeutschen Kohle- und Energiewirtschaft aus. Zielrichtung dieser Runde war, über eine schnellstmögliche Privatisierung den Fortbestand der Lausitzer und mit-

teldeutschen Kohleund Energiewirtschaft in eingeschränkten Dimensionen zu sichern. Ergebnis wird sein, daß ein weiterer Förderrückgang von ehemals 300 Mio t Braunkohle auf ca. 90 - 100 Mio t pro Jahr ab 1993 vorhanden sein wird. Außerdem verlieren bis Ende nächsten Jahres weitere 18.000 Arbeitnehmer allein in der Kohle ih-Arbeitsplatz. kommt, daß die ABM in der Rekultivierung auslaufen. Das betrifft weitere 11.000 Kumpel. Um diese Folgen etwas zu dämpfen, werden Sanierungsmaßnahmen für die Braunkohlefolgelandschaften in Aussicht gestellt, in die 14.600 Arbeitskräfte einbezogen werden sollen. Die Vertreter von Treuhand

und Regierung waren sich darin einig, daß der Einsatz einheimischer Rohbraunkohle für die Verstromung in modernisierten bzw. neuen Kraftwerken umweltverträglich und wirtschaftlicher als der Verbrauch von importierten Energieträgern ist. Wird die Braunkohle privatisiert, geht die Treuhand davon aus, daß acht 500-MW-Blöcke in Boxberg und Jänschwalde nachgerüstet werden und vier 800-MW-Blöcke in Schwarze Pumpe und Boxberg neu zu errichten sind. Ein weiterer dieser Blöcke soll südlich von Leipzig gebaut werden. Von ehemals 17 Tagebauen im Lausitzer Revier verbleiben sechs.

Weder die Bundesregierung noch die Treuhand oder die Länderregierungen denken daran, im Gegensatz zum westdeutschen Steinkohlebergbau, auch nur einen Pfennig für die ostdeutsche Energiewirtschaft zu subventionieren.

Der Abschluß der Privatisierung der Kraftwerke und Tagebaue wird durch die Treuhand für Mitte bis Ende 1993 erwartet. Ein Projekt des Brandenburgischen Umweltministers Platzek. das unter dem Begriff "Lausitzstiftung" eine Beteiligung der Länder an der Bergbauund Energieindustrie vorsieht, wurde von den Vortragenden erst gar nicht in Betracht gezogen. Durch die Treuhand und den Brandenburger Wirtschaftminister wird das Prinzip der puren Privatisierung totalen marktwirtschaftlichen Lösung konsequent vertreten.

In den Anfragen und Diskussionsbeiträgen mehrerer Tagungsteilnehmer wurde in harter Form Kritik vor allem an der Treuhand und der Bundesregierung für die Verzögerungen bei der Privatisierung und das Fehlen ausreichender Konzeptionen zur Erhaltung von Ar beitsplätzen im Lausitzer Raum geübt.

Der SPD-Vorsitzende von Cottbus, Werner Labsch, beschuldigte Bundesregierung und Treuhand, die Privatisierung der Kohle- und Energiebetriebe zu Gunsten der großen westdeutschen Energiekonzerne zu verschleppen.

PDS - Bundestagsabgeordneter Fritz Schumann stellte die Frage, warum für das zweifelsfrei gewinnbringende Kohle- und Energiegeschäft in Ostdeutschland keine Landesbeteiligungen angestrebt werden sollen. Hinter dem Energiekonzern RWE steht das Land Nordrhein-Westfalen als Mitbesitzer. Was sich im Westen bewährt, soll angeblich für den Aufschwung Ost schädlich sein? Die Bundesregierung müßte mit allen möglichen Mitteln und unter breitem Druck gezwungen werden, notwendige wirtschaftliche Umstrukturierungen solch gefährdete Regionen wie die Lausitz durch konzeptionelle Hilfe und mit Subventionen zu stützen.

S.Dilk

#### Herzblatt dokumentiert "Lied der Bewegung"

Viele singen es, das Lied von der märkischen Heide und dem roten Adler, etwas hochgezogen "Märkische Hymne" genannt. Es ist mit seiner einfachen, eingängigen Melodie und den schlichten Versen rasch wieder zum Fast-Volkslied geworden, nachdem es über die DDR-Jahre hinweg wegen seiner Nazistaats-Nähe in keinem Liederbuch zu finden, von keinem Schuloder Volkschor zu hören war. Denn in der Wehrmacht, in der Hitler-Jugend und im Bund Deutscher Mädel wurde es fleißig gesungen, soweit man aus Brandenburg war oder aus Tirol, das auch einen roten Adler im Wappen trägt und worüber der emsige Textautor ein paar eigene Verse schmiedete. Zum Teil wurde das Lied auch mit diesen Verszeilen gesungen:

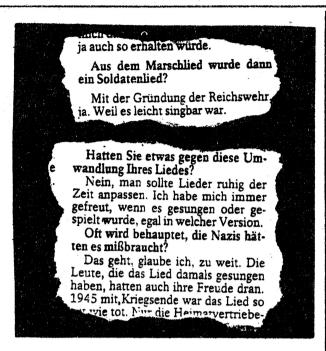
"Dem Hakenkreuz die Treue /

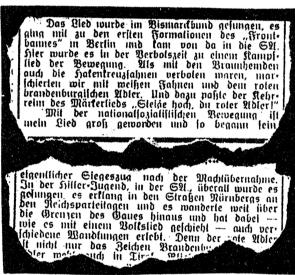
in allen Zeiten fort".

Gustav Büchsenschütz Der Autor hatte, wie er in einem Interview der LR mitteilte, nichts dagegen (siehe Ausschnitt oben rechts).

Herzblatt erhielt Post von zwei Cottbusern, die einen Presseausschnitt von 1942 zu diesem Thema Anfang Oktober an die LR gesandt hatten. Dort ist das Pressezitat allerdings bis heute nicht veröffentlicht worden. "Ich singe das Lied auch", schrieb uns Werner Kruse aus Madlow, "doch sollte jeder wissen, was der Lied-Autor Gustav Büchsenschütz damals dachte und sagte." Das hat der "Cottbuser Anzeiger" vom 9. April 1942 so wiedergegeben, wie es rechts unten zu lesen ist.

Eine Sozialstation hat die Cottbus Volkssolidarität Stadt e.V. nicht, aber sie leistet mit verläßlichen Mitarbeitern ebenso soziale Dienste wie ein anderer Wohlfahrtsverein. Behandlungs- und Grundpflege, Hauspflege, Mittagessen-Versorgung, Beratung und Hilfe in schwierigen Situationen, gemütliche Stunden im Seniorenclub "Omas Sofa" in der R.-Breitscheid-Str. 69. Es gibt dort eine Kontaktstelle des Reiseclubs für Senioren, der, mit der Volkssolidarität verwunderschöne hunden. ambietet Reiseerlebnisse und organisiert.





### Einen Wunsch frei...

Zu: Volkssolidarität darf nicht zugrundegehen

"flächendeckend" Sicher. ist die Volkssolidarität weder in Cottbus noch anderswo, aber über 7000 Mitglieder allein in Cottbus beweisen, daß von Splittergruppen nicht die Rede sein kann. Viele Ortsgruppen arbeiten noch oder wieder und bemühen sich um Betreuung, Kontakte, machen vielseitige Angebote, nicht nur für die "reifere Jugend", ehrenamtlich versteht sich. Mühe und Arbeit, Freude und Bestätigung halten sich dabei die

Waage.

erfüllbarer Es igt ein schwierig aber Wunsch, möglich, wenn sich Menschen finden, die sich zutrauen, eine Ortsgruppe der VS zu leiten, in einem Wohngebiet für andere wirksam zu werden, Verlorenes neu aufzubauen.

Erfahrungen gibt es genug und viel Neues kann hinzukommen.

Von nischt wird nischt ..., also!

R. Küttner



#### drücken

#### Keine Wohnung!

Keine Wohnungen gibt's genug. Sowohl die 'zig Tausende Cottbu-Wohnungssuchenden ser wonnungssuchenden als auch Aussiedler oder Asylanten gucken dauernd in den Eimer. Oder auf die Neu- und Umbau-ten, als da sind: Banken, Handels-Center, Bürogebäude, Stadt- und andesämter, Arztpraxen, vieles umfunktionierten davon in Wohnräumen. Kann man ja schließlich das Fünffache an Mie-Wohnräumen. te kassieren. Wenn das reicht.

Immer öfter guckt man nicht nur in den Eimer, sondern auch in leerstehende Wohnungen. Ar-beitslose und Rentner, die Zeit zum Spazierengehen haben, kön-nen sie aufzählen: in der Grote-wohl-Str., in der A.-Becker-Str., in Neu-Schmellwitz, in Sachsendorf usw. usf.

Wird da schon der Abriß vorbereitet? Weil Neubau auf dem freien Wohnungsmarkt horrende Mieten bringt? Aber wer soll das dann noch bezahlen?

G. Mahnhardt

#### Bei der Post stinkt's zum Himmel

Also, Personalabbau ist ja nun ein Schlagwort, das wir seit drei Jahren alle draufhaben. Da fällt's gar nicht auf, wenn es nun auch wiedermal die Leute vom Postdienst der Deutschen Bundespost trifft. Aber wie man im Cottbuser Briefverteilamt den Kolleginnen die Pistole auf die Brust setzte, das stinkt zum Himmel.

Für eine von drei Varianten hatten sie sich zu entscheiden. Die erste hieß Kurzarbeit zwischen vier und sechs Stunden. Da hing dran, daß man ständig verfügbar zu sein hat per Telefon oder einen Tag zuvor für Schichtänderungen, Arbeitszeitverlängerung oder -verkürzung, ohne Rücksicht auf Kinder.

Die zweite: betriebsbedingte Kündigung mit Abfindung - aber nur für an erkannte Dienstjahre. Hilfe für Umschulungen wurde zugesagt, für Arbeitsplätze nicht.

Die dritte Variante aber ist das Größte: Jeder soll selber kündigen, der mehrere Kleinkinder zu betreuen hat, gesundheitliche Probleme oder zu lange Anfahrtswege von auswärts, Ansprüche:

War da mal irgendwo die Rede von Sozialstaat BRD? Kannste vergessen!

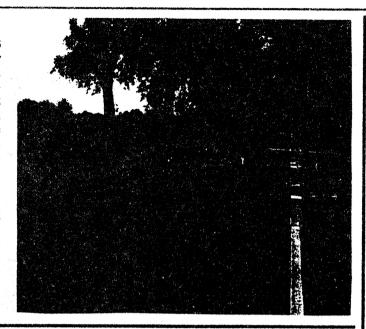
Herrhlatt

#### Radpartie

Die Aktionswoche der PDS Ende September begann für 30 Schmellwitzer Genossen (BO 34 und 37) mit einer Radtour durch Skadow, Döbbrick und Maiberg. So manchen Spaziergänger und auch die Briefkästen von Anwohnern haben wir dabei mit einem kostenlosen "Herzblatt" und weiterem Material versorgt. Prima Ergänzung für die Radler: Kaffee und Kuchen oder eine Wurst vom Grill!

Am 8. Oktober sammelte die BO 34 dann am Info-Stand Unterschriften für bezahlbare Mieten in Cotthus

H.-P. Schömmel



### Spitzeldienste für die GWC?

#### Bürgerforum in Schmellwitz: manches begonnen, vieles im argen

Ausgestaltung der Demokratie in unserer Stadt heißt auch Einmischung der Bürger in städtische Angelegenheiten. Der Ortsverband Schmellwitz der PDS lud am 19. Oktober die Bürger zu einem öffentlichen Forum ein, auf dem Vertreter der Stadt und der Vermietergeund sellschaften Rede Antwort standen. Doch nur wenige Bürger waren der Einladung zum oft diskutierten Thema Ordnung und Sicherheit gefolgt.

Das Forum prüfte nachdrücklich, wie es um die Probleme steht, die am 9. und 12. März sowie am 6. April bei Wohngebietsbegehungen der Umweltgruppe bzw. mit Abgeordder Fraktion neten PDS/Linke Liste untersucht worden waren.

Ein erstes Resumee zeigt Positives: Der Bauschutt-Straße/Straßenbahn ist teilweise beräumt und gesichert, das Fließ wurde gereinigt, teilweise Ufer gestaltet, Spielplätze wurden angelegt, Bäume gesetzt. Vieles bleibt aber ungelöst: der Weg zwischen Hopfen-

garten und Kaufhalle am Fließ hat sich verschlechtert, es fehlt die Beleuchtung an diesem Weg sowie am Fließ/Neue Straße und an Geschäften der Zuschka. Bürgervorschläge zur Verkehrsorganisation in den Innenbereichen wurden noch nicht berücksichtigt. In der Runde war man sich einig darüber, daß viele Fragen aus mangelnder Einbeziehung und Information entstehen. Die Stadt-

teilverwaltung im Hopfengarten 5 steht dafür allen Bürgern offen. Frau Duray sagte, daß sie ihr Amt eher als Beratungsstelle denn als Verwaltung versteht.

Wenig begreifbar war für viele an diesem Abend das Selbstverständnis, mit dem die Vertreter der GWC von den Bewohnern der Neubauten mehr gemeinschaftliches Mittun in Sachen Ordnung und Sicherheit forderten. Nachdem in den vergangenen zwei Jahren Hausgemeinschaften und ihre Aktive aufgelöst bzw. ihrem Schicksal überlassen wurden, sollen die Bewohner nun in die Pflicht genommen werden

auch gemeinschaftlich zahlen, wenn gegen kommunale Auflagen verstoßen wird, z.B. wenn Sperrmüll in die Mülltonnen wandert. Man solle die Sünder feststellen und dem Hausmeister melden, hieß es in der Stellungnahme der beiden GWC-Vertreter. Das brachte die Versammelten in Rage: sollen also Spitzel und Denunzianten im Auftrage der GWC arbeiten? Das sei wohl nicht der richtige Weg. Wo Hausgemeinschaften insind Hausund ordnungen funktionieren. sollte die GWC alles tun, sie zu erhalten, wo nicht, sollte sie gemeinsam mit der Kommune für rechtliche Regelungen sorgen, die auf diesem Gebiet verbesserungsbedürftig sind.

Mit einem Rucksack voller Probleme sind die Vertreter der Stadt und der GWC in ihre Büros zurückgegangen. Sie versprachen, zu klären, weiterzuleiten, daranzublei-

Auch wir bleiben dran.

Eberhard Rentzsch

### schmerzen

#### Antworten sind eingeklagt

Was 5000 Kleingärtner-Familien von unserer Fraktion erwarten

Im August war es, als sich der Vorstand des Cottbuser Kleingartenverbandes an alle Fraktionen des Stadtparlaments wandte, sich ihrer Sorgen und Nöte anzunehmen. Immerhin zählt der Verband weit über 5000 Familien als Mitglieder, gibt es 79 Kleingartenanlager. Doch die Kleingärtner sind verunsichert. Niemand in der Stadtverwaltung schaffte bisher Klarheit, was aus diesen kleinen Erholungsstätten wird, die sogar durch Bundesdas Kleingarten-Gesetz schützt sind. Eher wird durch die Presse noch Frust genährt.

Beispiel: Die TU will sich nach Norden und Westen hin ausdehnen, doch in diesem Gebiet befinden sich etliche Kleingartenanlagen. Was wird aus ihnen? Keiner spricht mit den Leuten, die einzige Information stammt aus der Zeitung. Das befördert Unwillen, wie Herr Christian Lelanz, Vorsitzender des Kreisverbandes. bestätigt.

Doch bisher hat nicht eine Fraktion, auch nicht die der PDS/LL, auf die dringenden Forderungen der Mitglieder eine Antwort gegeben! Vielleicht genügt dieser Hinweis, um sich des Schreibens zu entsinnen und sich der Probleme der Kleingärtner anzunehmen. Eine Anfrage der PDS/LL-Fraktion in der aktuellen Stunde im Stadtparlament könnte doch so manchen Stein ins Rollen bringen!



### Ach, du liebes, liebes Auto!

Das Ozonloch wird größer, die Bäume sterben ab, die Stadt ist ab 15.00 Uhr nicht mehr zu durchfahren. An jeder Kreuzung ein Stau, Abgase verpesten die Luft. Jeder ohne Auto trägt Schaden davon. Logische Schlußfolgerung: Man macht eine Autoausstellung und läßt das Auto wieder einmal hochleben! Siehe "Auto 92"...

Und dort brüstet man sich, man habe das schadstoffarme oder das Öko-Auto, wie beispielsweise Mercedes-Benz. Warum die dann trotzdem einen Pkw mit zwölf Litern Hubraum herstellen, bleibt wohl ein Rätsel. Das heißt, so rätselhaft ist's nun auch wieder nicht. Ich sage nur: Profit, Profit, Profit ...

Und damit der fließt, artete die "Auto 92" zum Volksfest aus. (Den Bürgern, die kamen, fehlten wohl die traditionellen DDR-Feste.) Man aß, man trank, Achim Mentzel sang schnulzige West-Songs und ließ dumme Witze ab. Und mittendrin warb die Bundeswehr. Was, glaubt ihr nicht? Doch, doch. Ein Totalverweigerer aus meinem Freundeskreis wurde umfassend über die Möglichkeiten der Bun-

deswehr aufgeklärt und bekam auch noch eine Tüte mit Info-Material. Aufschrift: "Eine starke Truppe - Bundeswehr". Daß er sich lustig machte über sie, haben die schön Uniformierten nicht mitbekommen. Aber als uns einer noch ein Plakat zeigte mit der Behauptung "Schön sauber - Bundeswehr" und der Nordsee dahinter, konnte ich mein loses Maul doch nicht halten. Kommentar des Herrn Offiziers: "Na, ich sehe, hier ist noch viel Aufklärung nötig."

Da wandte ich "Auto 92" den Rücken. Ach so, über die neuen Autotypen wollten Sie noch was erfahren? Lesen Sie die LR, die wird's schon wissen.

Ich jedenfalls machte kehrt und widmete mich der Sache, deretwegen ich eigentlich hier war: der Fahrrad-DEMO vor dem Eingang für eine saubere Umwelt.

A. Rothe

## PDS'ler, immer schön dran denken:



Zeichnung: G. Mahnhardt

### Da kriegste Oogen!

Bis 17.05 Uhr hatte er Parkgebühren bezahlt - der Mitsubishi- Autobesitzer, der am 20. Oktober sein Gefährt schön säuberlich an der Bordkante der Breitscheid-Str. abgestellt hatte. Und sichtbar und gut zu lesen lag sein Parkschein auch hinter der Frontscheibe, als er pünktlich kam, sein Auto zu starten. Doch seine Augen wurden immer größer, als er hinterm Scheibenwischer den Strafbescheid entdeckte. 30 DM sollte er berappen. Auch die Uhrzeit stand drauf, zu der der Bescheid ausgefüllt war: 17.02 Uhr!

Seither grübelt unser Mann und grübelt. Ob er für die Politessen künftig auch noch eine Brille bereitlegen sollte?

G.



Zum Geburtstag gratuliert der Ortsverband Schmellwitz

Anni und Paul Schwarz Helga Wagner Hildegard Behrend Annemarie Güldenpfennig Ursula Ullmann Monika Schömmel Theo Geisler



Vielen Dank für die aktive Arbeit!

Kreisvorstand der PDS Cottbus, V.i.S.d.P.: Siegfried Dilk, Breitscheidstraße 11, Büro des PDS-Kreisvorstandes, O-7500 Cottbus

## Ankreuzen

#### und hin



#### Termine für November

Montag, 23.11.1992 - 19.00 Uhr Fraktionssitzung PDS/LL Rathaus Zimmer 430 a Mittwoch, 25.11.1992 - 08.00 Uhr Stadtverordnetensitzung Beratungszentrum Bonnaskenplatz Dienstag, 17.11.1992 - 17.00 Uhr Kreisvorstandssitzung Geschäftsstelle Breitscheid Str. 11 Dienstag, 01.12.1992 - 17.00 Uhr Kreisvorstandssitzung Geschäftsstelle Breitscheid Str. 11 Mittwoch, 02.12.1992 - 18.00 Uhr Kreisdelegiertenkonferenz Cottbus Beratungszentrum Bonnaskenplatz Jeden Donnerstag (05.11., 12.11., 19.11., 26.11) berät die AG SeniorInnen Bürger zu Rentenfragen Sonntag, 15.11.1992 - 10.00 Uhr Politfrühschoppen Club der Volkssolidarität, Breitscheid Str. 69 Gast: Prof. W. Ersil

"Maastricht und wie weiter in Europa?"

Sonntag, 22.11.1992 - 10.00 Uhr Politfrühschoppen Club der Volkssolidarität, Breitscheid Str. 69

Gast: MdBV PDS Andrea Marquard, Jugendverantwortliche des Bundesvorstandes

"Was zieht Teile unserer Jugend zu Rechtsradikalen oder Autonomen?"

Thema für 29.11.1992 ist in Vorbereitung. Zu den einzelnen Veranstaltungen erfolgen Veröffentlichungen in der LR und über Antenne Brandenburg.

#### Redaktionsschluß:

4. November 1992

#### Nächste Ausgabe



-blatt lesen

**Herausgeber:**